

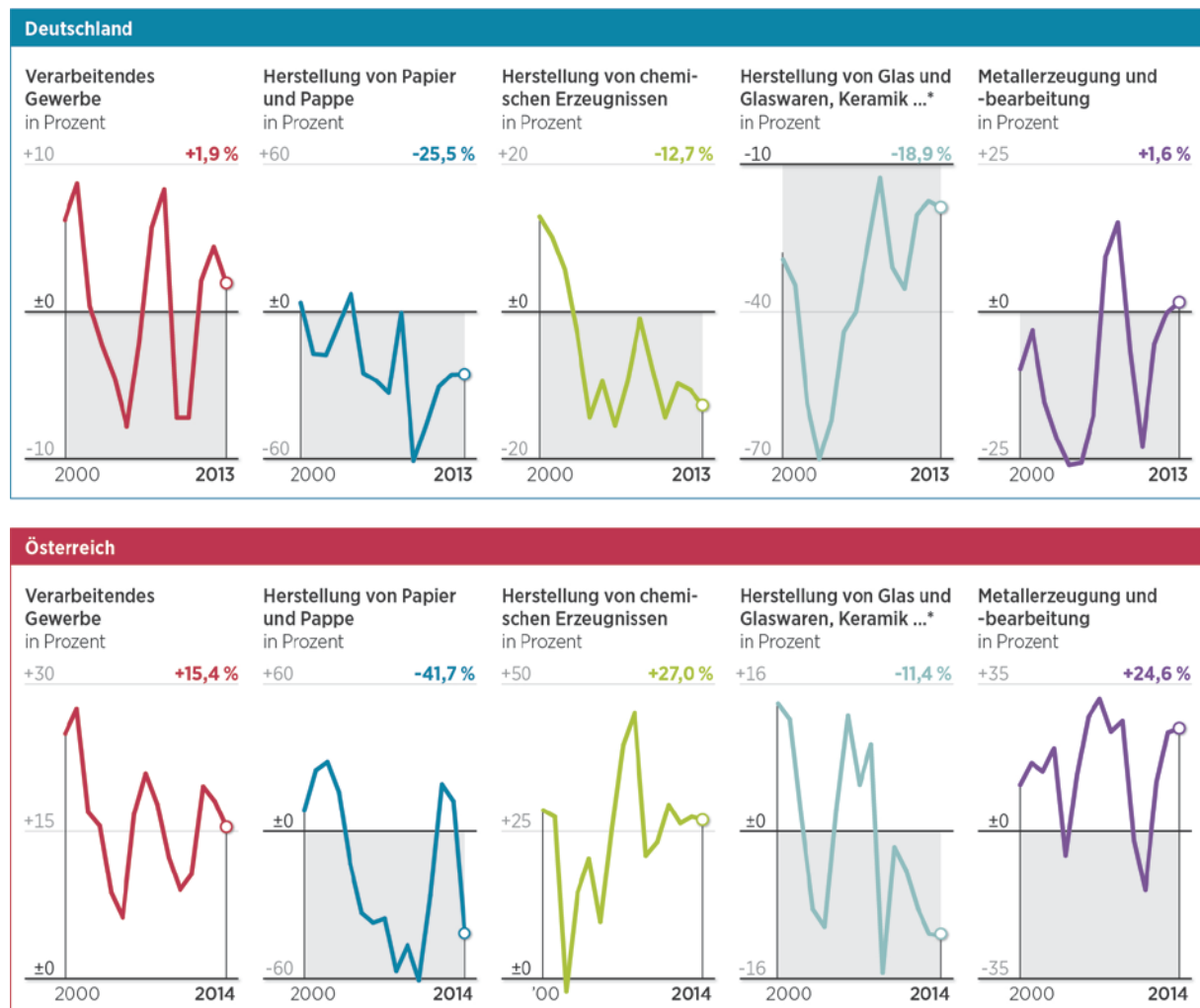
ZUKUNFTSSZENARIEN DER ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIEN IN DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH

AUSGEWÄHLTE AUSSAGEN DER STUDIE

Energieintensive Unternehmen investieren in Deutschland und Österreich weniger als sie abschreiben – der Kapitalstock schrumpft also und damit die Voraussetzung für künftiges Wachstum.

In Deutschland gingen die Nettoanlageinvestitionen der Energieintensiven von +232 Millionen Euro im Jahr 2000, auf -1,7 Milliarden Euro im Jahr 2013 zurück. Bei einem gleichzeitigen Anstieg der Produktion deutet das darauf hin, dass die Branchen aktuell in einer guten Situation sind, die Energieintensiven für die Zukunft allerdings nur noch bedingt mit dem Standort Deutschland planen. Für Österreich deutet sich ein ähnlicher Trend an, allerdings ist dieser noch nicht so ausgeprägt wie in Deutschland.

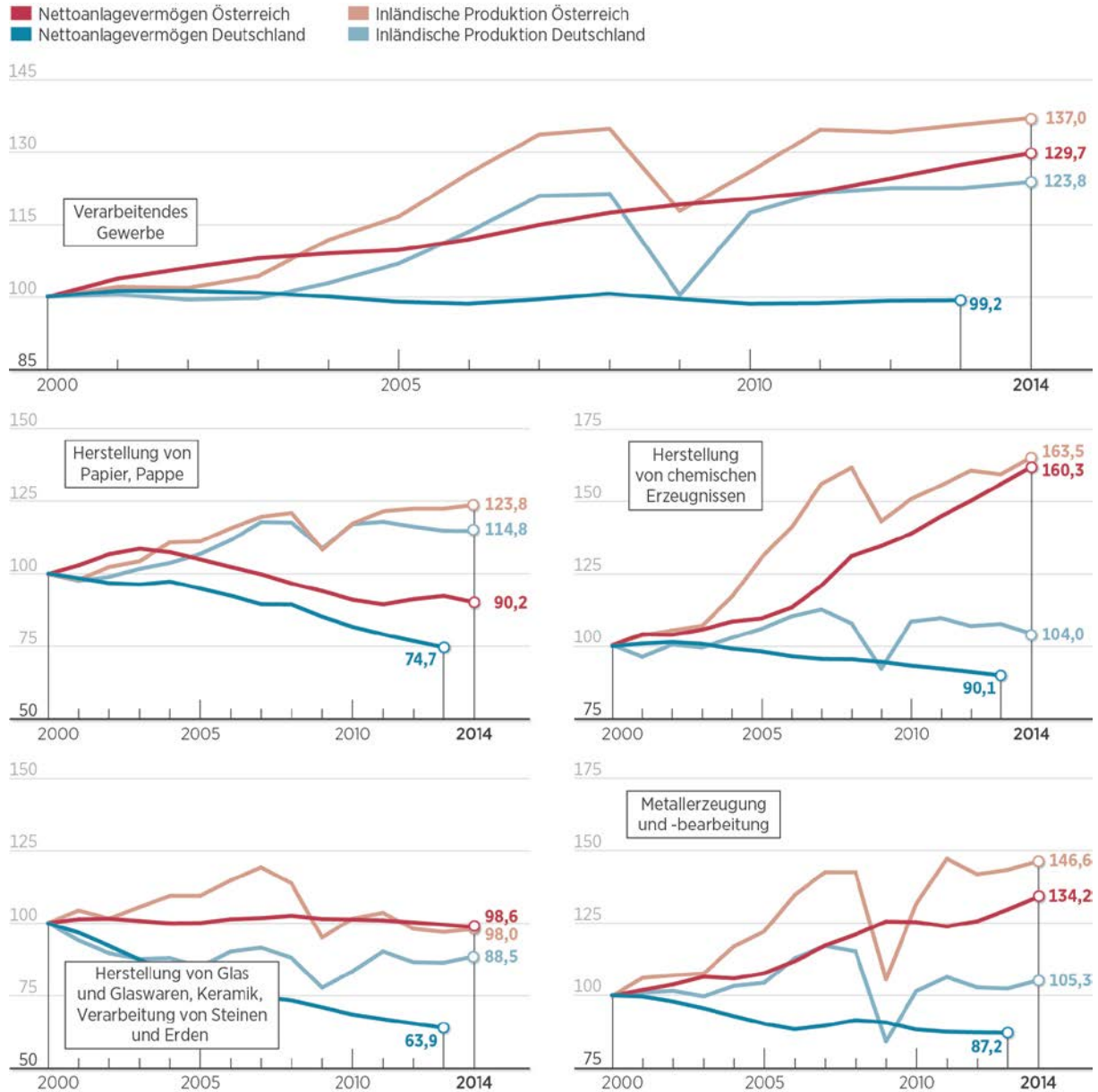
Anteil der Nettoanlageinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen in Prozent in Deutschland und Österreich



Handelsblatt Research Institute | *Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

Quelle: Eurostat

Vergleich Nettoanlagevermögen und Produktion, 2000 = 100



Handelsblatt Research Institute

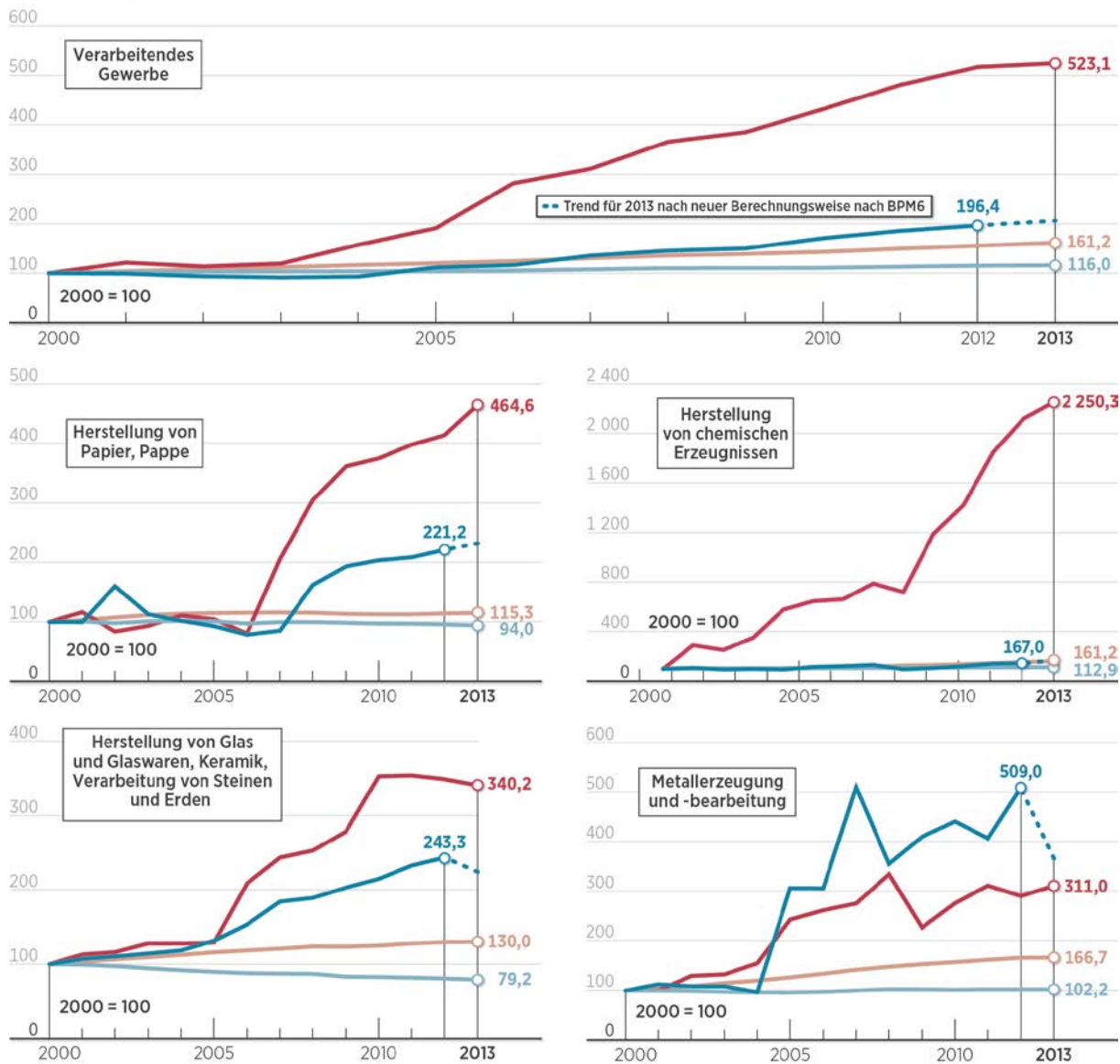
Quelle: Eurostat

Energieintensive Unternehmen wandern schleichend aus Deutschland und Österreich ab.

Energieintensive steigern ihre Direktinvestitionen im Ausland, während sie im Inland den Kapitalstock schrumpfen lassen. In Deutschland liegt das Wachstum der Auslandsinvestitionen der Energieintensiven deutlich über denen des gesamten verarbeitenden Gewerbes, in Österreich sind die Steigerungen in den Energieintensiven ebenfalls hoch. Die Investitionen im Inland liegen in beiden Ländern deutlich unter den Zuwächsen der Auslandsinvestitionen, die Nettoanlageinvestitionen der Energieintensiven in Deutschland sind sogar negativ. Daraus lässt sich ableiten, dass die Unternehmen der Energieintensiven Branche ihre Produktion schleichend ins Ausland verlagern und damit den industriellen Kern der beiden Länder sukzessive verkleinern.

Vergleich Direktinvestitionsbestände und Bruttoanlagevermögen, 2000 = 100

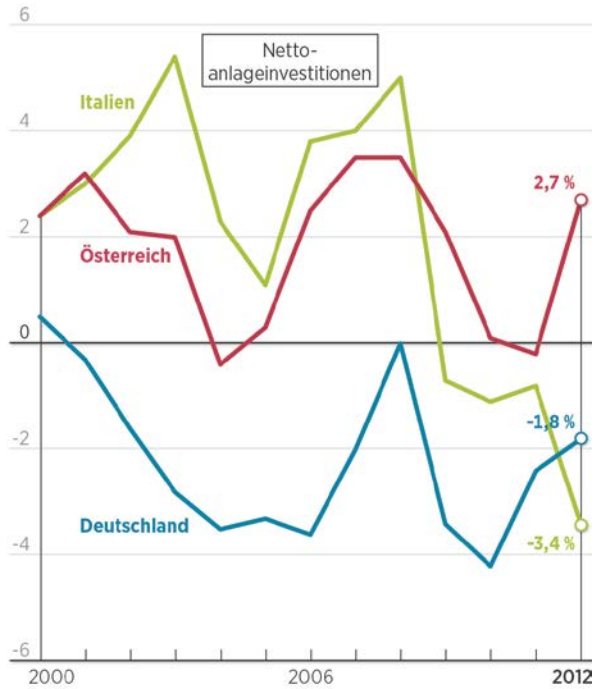
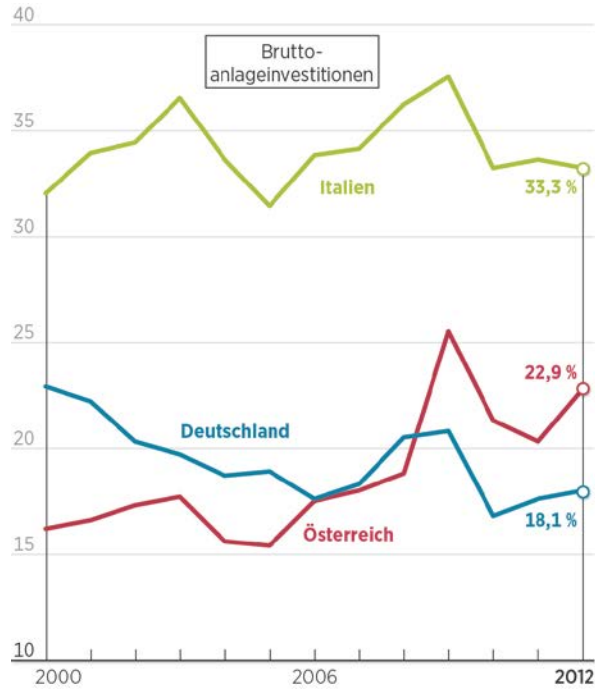
Deutschland: ■ Direktinvestitionsbestände ■ Bruttoanlagevermögen (zu Wiederbeschaffungspreisen)
 Österreich: ■ Direktinvestitionsbestände ■ Bruttoanlagevermögen (zu Wiederbeschaffungspreisen)



Handelsblatt Research Institute

Quelle: Eurostat

Brutto- und Nettoanlageinvestitionsquoten der energieintensiven Industrien im Ländervergleich

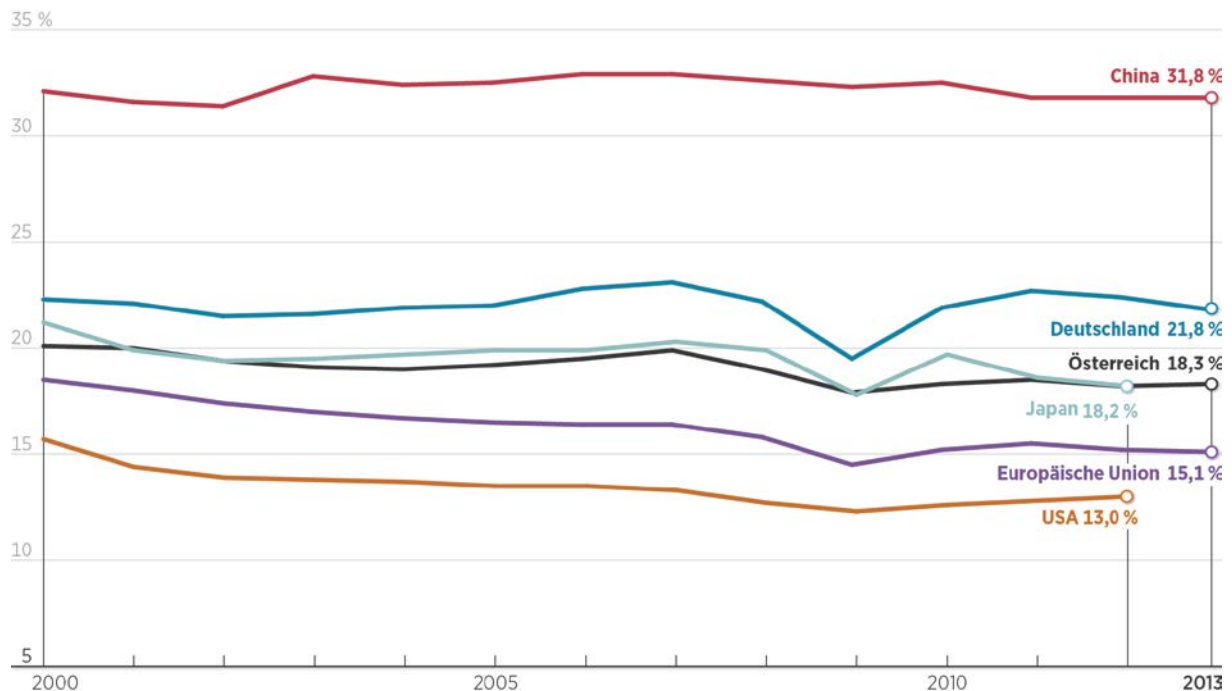


Handelsblatt Research Institute
Quelle: Eurostat

Die Industrie spielt in Österreich und Deutschland eine deutlich größere Rolle als im EU-Durchschnitt, was den Anteil an der Bruttowertschöpfung angeht.

Während die EU-Kommission sich das Ziel gesetzt hat, den Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung bis ins Jahr 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen (Strategie Europa 2020), nimmt der Anteil in der Realität kontinuierlich ab und lag im Jahr 2013 noch bei 15,1 Prozent. In Deutschland dagegen lag er im Jahr 2013 bei 21,8 Prozent, in Österreich bei 18,3 Prozent und damit deutlich über den EU-Durchschnitt.

Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung



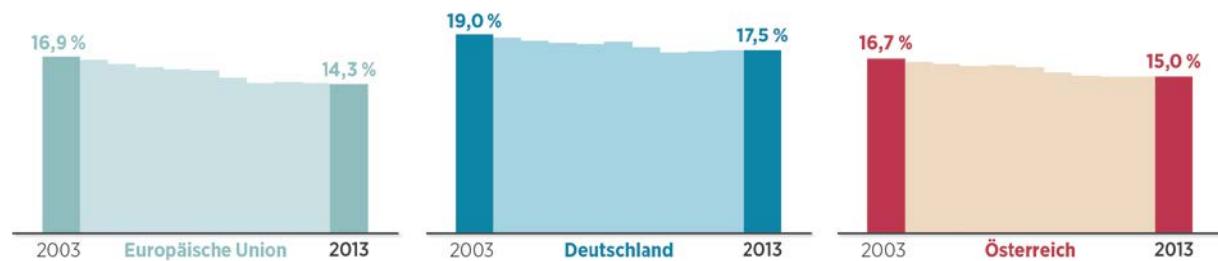
Handelsblatt Research Institute
Quelle: Weltbank, Eurostat

Die Industrie spielt für Österreich und Deutschland eine gleichbleibend wichtige Rolle für den Arbeitsmarkt.

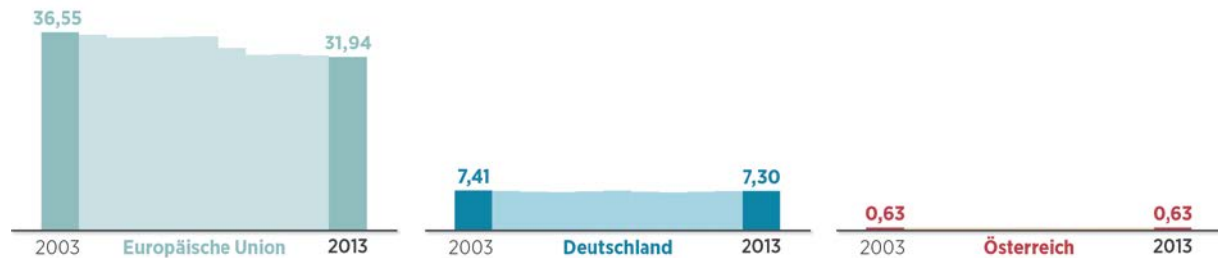
Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung lag in Deutschland im Jahr 2013 bei 17,5 Prozent, 7,30 Millionen Beschäftigte waren in der Industrie beschäftigt. Die 630.000 Beschäftigten in Österreich machten im Jahr 2013 einen Anteil von 15 Prozent aus – damit liegen die Beschäftigungsanteile der Industrie beider Länder über dem Beschäftigungsanteil der EU und zeigen die große Bedeutung der Industrie für den Arbeitsmarkt in beiden Ländern.

Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in Prozent



Beschäftigung in Mio. Arbeitern



Handelsblatt Research Institute

Quelle: Eurostat

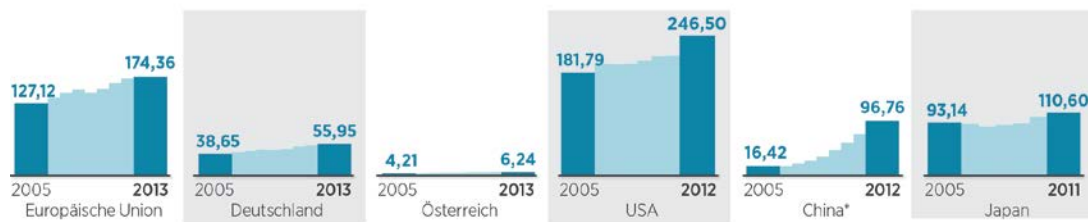
Die Industrie in Deutschland und Österreich spielt eine zentrale Rolle für die Wissensgesellschaft.

Die Privatwirtschaft ist ein bedeutender Finanzier von Forschungsausgaben. Knapp 56 Milliarden Euro wurden in Deutschland von der Privatwirtschaft im Jahr 2013 in diesen Bereich investiert, in Österreich waren es 6,24 Milliarden Euro. Relativ liegen die privatwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung beider Länder damit deutlich über dem EU-Durchschnitt.

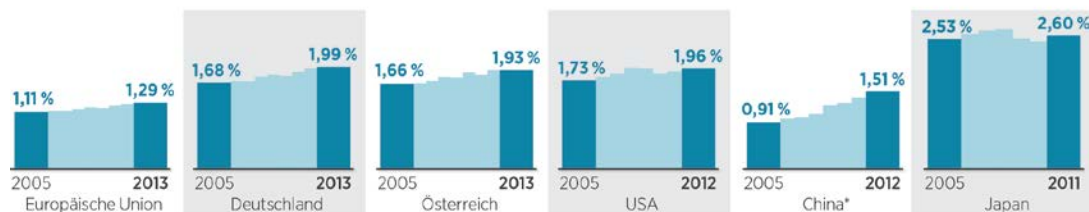
Innerhalb der Privatwirtschaft ist die Industrie in Deutschland und Österreich mit Abstand der wichtigste Finanzier von Forschung und Entwicklung. 85 Prozent der privaten Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung in Deutschland und 63 Prozent der privaten Ausgaben in Österreich stammen aus der Industrie.

Privatwirtschaftliche FuE-Ausgaben - Absolut und im Vergleich zum BIP

Privatwirtschaftliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Mrd. Euro



Privatwirtschaftliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

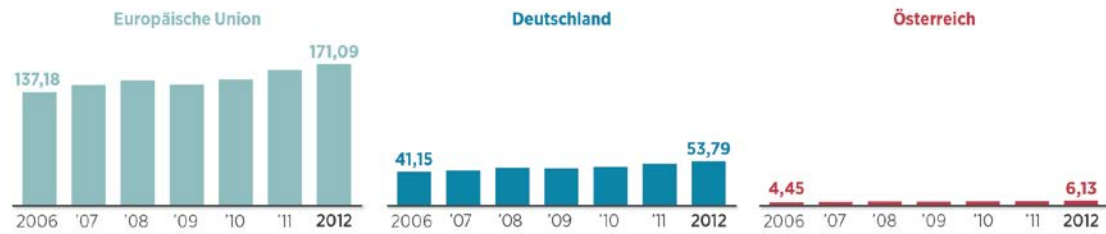


Handelsblatt Research Institute | *ohne Hongkong

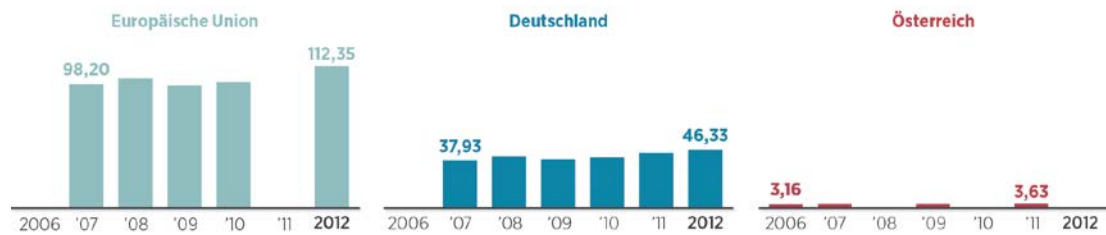
Quelle: Eurostat

FuE-Ausgaben der Privatwirtschaft und des verarbeitenden Gewerbes

Ausgaben der Privatwirtschaft in Mrd. Euro



Ausgaben des verarbeitenden Gewerbes in Mrd. Euro



Handelsblatt Research Institute

Quelle: Eurostat

Energieintensive Unternehmen spielen eine entscheidende Rolle in Lieferketten.

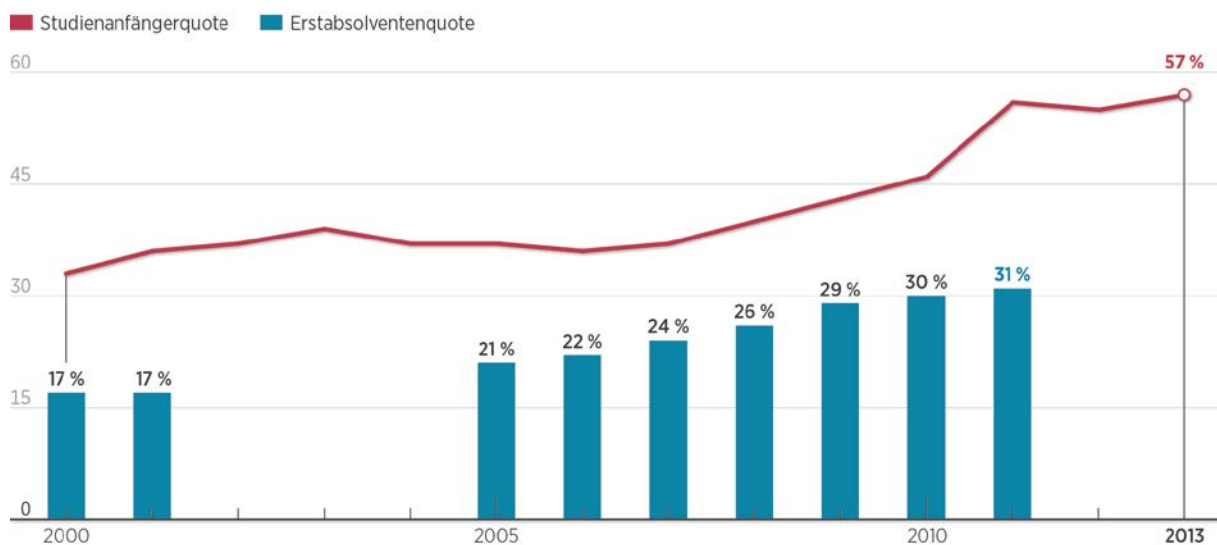
Energieintensive Unternehmen sind klassische Zulieferer und stellen die Wertstoffbasis für spätere Stufen der Wertschöpfungskette dar. Dies lässt sich an der Unternehmensumfrage im Zuge des Zukunftspanels des IW Köln sehen, der zufolge 80 Prozent der 1.500 befragten deutschen Unternehmen energieintensive Vorleistungsproduzenten haben und 40 Prozent in Netzwerken mit energieintensiven Unternehmen zusammenarbeiten. Laut der Umfrage befürchten etwa 25 Prozent der Unternehmen ohne energieintensive Zulieferer, dass Teile ihrer inländischen Wertschöpfung ausfallen könnten. Diese Sorge treibt aber 37 Prozent der Unternehmen um, die mit energieintensiven Zulieferern arbeiten. Über 35 Prozent der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sähen im Ausfall inländischer energieintensiver Vorleistungsproduzenten ein Risiko für den eigenen Geschäftserfolg, über 10 Prozent befürchten, dass der Geschäftserfolg beeinträchtigt wird, wenn Zulieferer aus bestehenden Netzwerken ausscheiden. Ein verstärkter oder gar ausschließlicher Import von Vorleistungsgütern wird der Umfrage zufolge in der deutschen Industrie nicht als gleichwertig bewertet.

Gestützt werden die Ergebnisse dieser Umfrage durch Analysen der Spillover-Effekte von Forschung und Entwicklung. So kommt es durch die Innovationstätigkeit einzelner Branchen und Unternehmen nicht nur zu direkten positiven Effekten, auch vor- und nachgelagerte Stufen der Wertschöpfungsketten profitieren branchenübergreifend von Innovationen. Es ist nicht die reine Lieferung von Rohstoffen oder vorgefertigten Bauteilen, die Unternehmen als Erfolgsfaktor sehen, sondern auch die Bündelung von Wissen und Kompetenzen und die damit verbundene Innovationsfähigkeit. Geografische Nähe und kontinuierlicher Austausch sind trotz der steigenden Bedeutung globaler Wertschöpfung von hoher Bedeutung innerhalb des verarbeitenden Gewerbes.

Die demografische Entwicklung und die zunehmende Akademisierung verknappen den Nachwuchs für die Industrie und könnten zu einem Fachkräftemangel führen.

Die Industrie in Deutschland und Österreich ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen, sowohl akademisch als auch nicht-akademisch geschulte. Letztere werden in den beiden Ländern im dualen Berufsausbildungssystem ausgebildet, welches als weltweit exemplarisch gilt. Allerdings gibt es seit einigen Jahren eine klare Tendenz zu einer verstärkten Akademisierung. Der Anteil der Schulabgänger, die ein Studium anstelle einer dualen Berufsausbildung beginnen, lag im Jahr 2000 bei rund 33 Prozent, im Jahr 2013 waren es 57 Prozent. Die Berufsausbildung verliert also relativ an Bedeutung. Da der demografische Wandel – die Gesellschaft in Österreich und Deutschland schrumpft und altert – zudem dazu führt, dass die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte kontinuierlich sinkt, droht der Industrie ein Fachkräftemangel, der auf nicht-akademischer Ebene in einigen Branchen schon heute beklagt wird.

Studienanfänger- und Erstabsolventenquote in Deutschland



Handelsblatt Research Institute

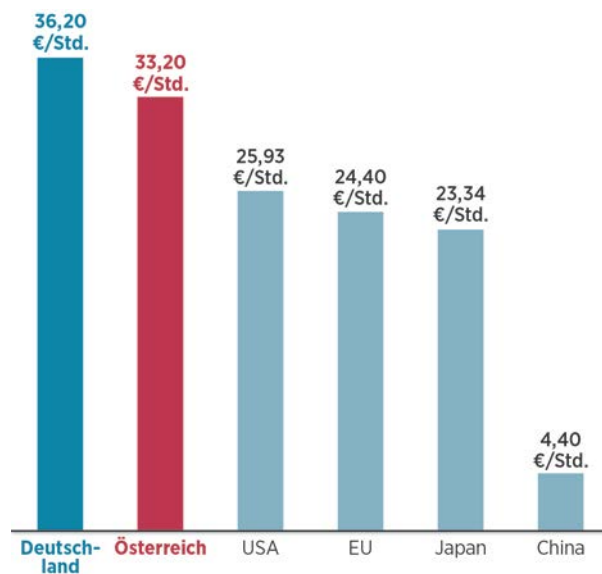
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Arbeitskosten der Industrie in Deutschland und Österreich zählen zu den höchsten der Welt.

In Deutschland lagen die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe bei 36,20 Euro pro Stunde, in Österreich waren es 33,20 Euro. Damit lagen beide Länder nicht nur deutlich über dem EU-Durchschnitt von 24,40 Euro, sondern auch über den Arbeitskosten wichtiger globaler Wettbewerber wie China, Japan und den USA.

Hohe Arbeitskosten sind für Unternehmen tragfähig, wenn sie mit hoher Produktivität einhergehen. Allerdings steigen die Arbeitskosten in Deutschland und Österreich seit einigen Jahren stärker als die Produktivität, womit sie zu einem Problem für die Industrie der beiden Länder werden.

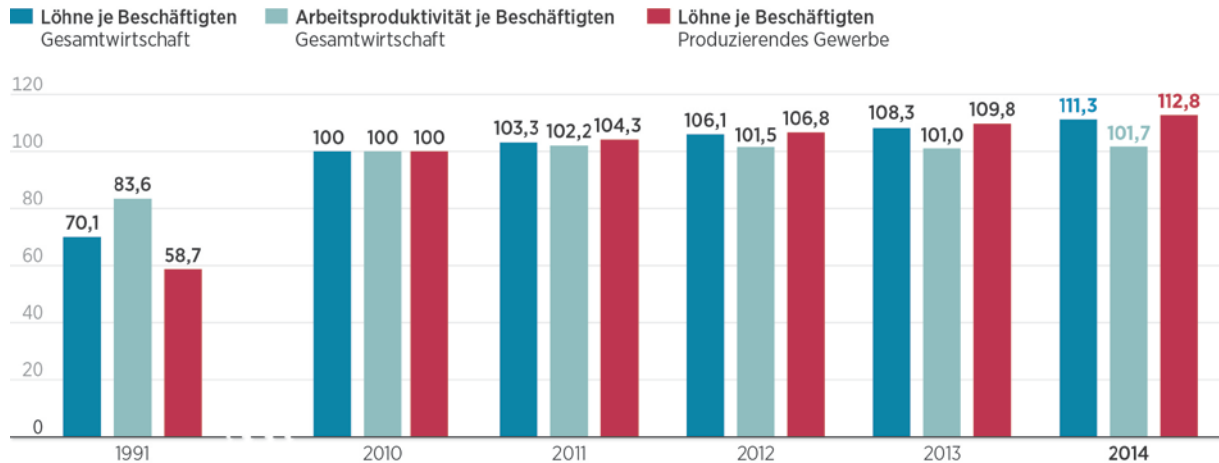
Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2013



Handelsblatt Research Institute
Quelle: Eurostat, IW

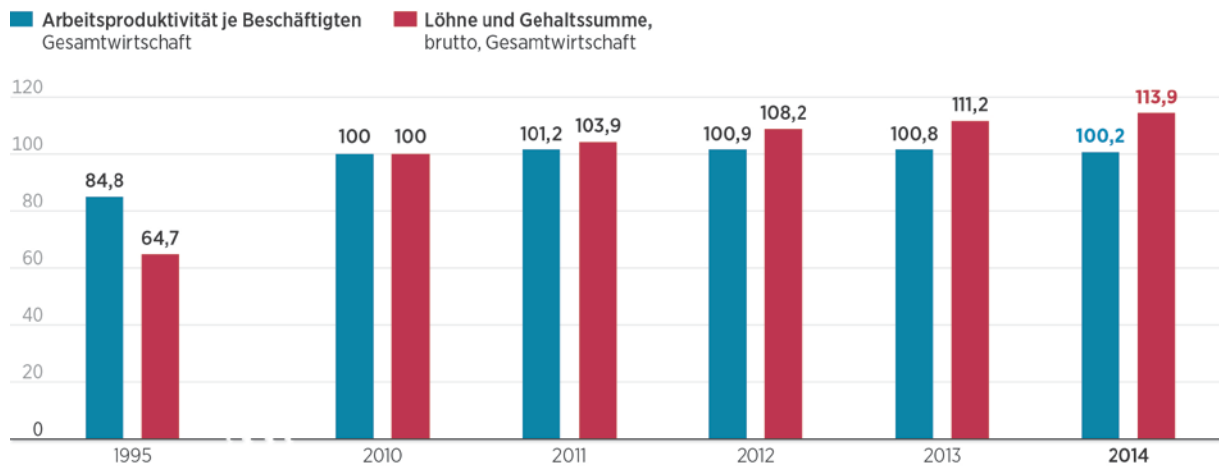
Löhne und Arbeitsproduktivität in Deutschland und Österreich

Basis: 2010 = 100



Handelsblatt Research Institute

Basis: 2010 = 100



Handelsblatt Research Institute

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Eurostat, Wirtschaftskammer Österreich

Die Energiekosten der Industrie in Deutschland zählen zu den höchsten der Welt – trotz der Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie.

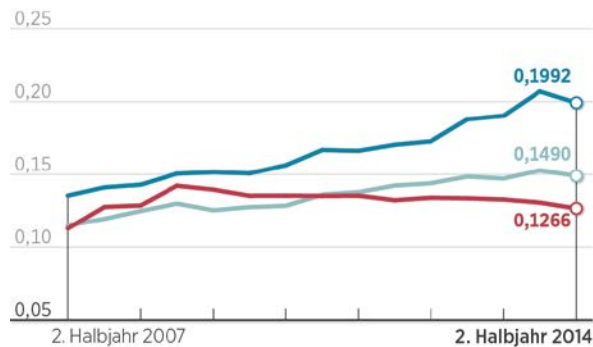
Die Stromkosten in Deutschland sind in den letzten Jahren stark angestiegen, was auf die deutlich gestiegene Abgabelast zurückzuführen ist. Während die Industriestrompreise in Deutschland und Österreich unter dem EU-Durchschnitt liegen und seit einigen Jahren sogar eine abnehmende Tendenz aufweisen, sehen die zu zahlenden Preise inklusive aller Abgaben deutlich anders aus. Deutschland liegt hier, sowohl bei kleineren industriellen Abnehmern (500 – 2000 MWh) als auch bei größeren Betrieben (70.000 – 150.000 MWh) deutlich über den Preisen in Österreich und über dem EU-Durchschnitt. Beim Blick auf die globale Konkurrenz sieht die Situation noch problematischer aus. Im Jahr 2014 lagen die Preise für Industriestrom (über alle Abnahmemengen hinweg) in Deutschland doppelt so hoch wie in den USA.

Entwicklung der Industriestrompreise

■ Österreich ■ Deutschland ■ EU

Inklusive aller Abgaben

Abnehmer 500 - 2000 MWh in Euro pro Kilowattstunde

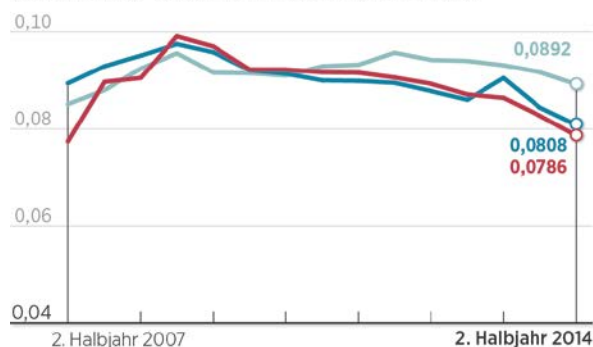


Abnehmer 70 000 - 150 000 MWh in Euro pro Kilowattstunde

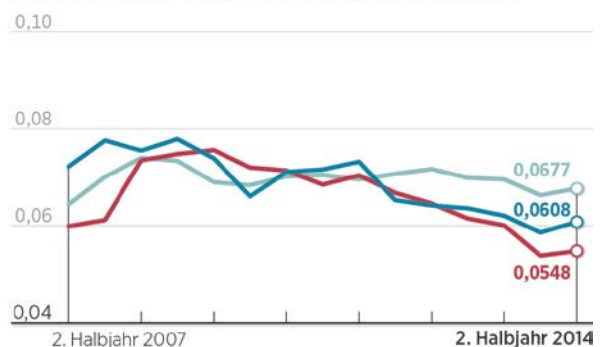


Exklusive aller Abgaben

Abnehmer 500 - 2000 MWh in Euro pro Kilowattstunde



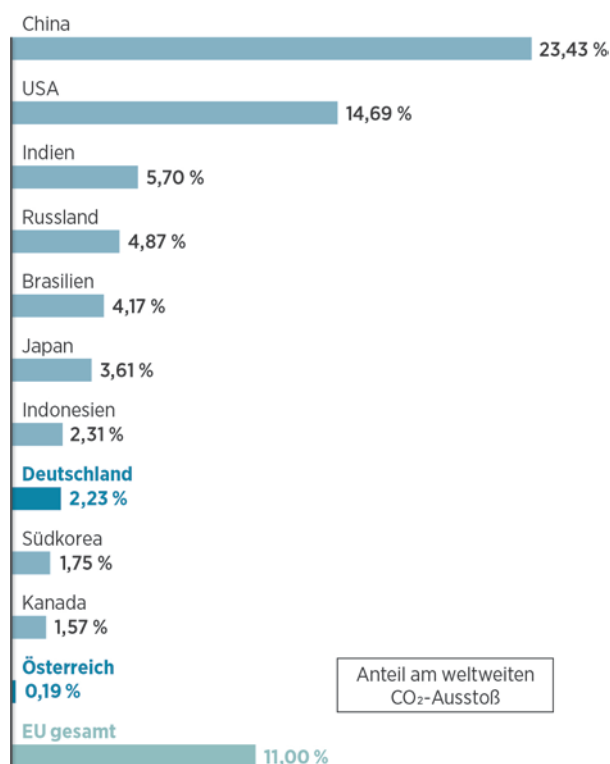
Abnehmer 70 000 - 150 000 MWh in Euro pro Kilowattstunde



Ein globales Klimaabkommen ist notwendig, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, wird aber die Wettbewerbsnachteile der europäischen Industrie mittelfristig nicht zwangsläufig verringern.

Die EU treibt die Energiewende zügig voran, ein nachhaltiger Klimaeffekt kann aber nur durch ein globales Abkommen erreicht werden, an dem auch die Großemittenten beteiligt sind. Während der Abschluss eines solchen Abkommens beim Klimagipfel in Paris Ende 2015 aus klimapolitischer Sicht wünschenswert ist, hätte es aus industriepolitischer Sicht keine unmittelbare Bedeutung. Nationalstaaten können die Mittel zur Erreichung ihrer Klimaziele selbst wählen. In der EU steht die Industrie durch das Instrument des Handels mit CO₂-Zertifikaten im Mittelpunkt der Klimastrategie, dies muss in anderen Ländern nicht zwangsläufig der Fall sein. Somit drohen den energieintensiven Unternehmen nach dem Abschluss eines globalen Klimaabkommens weiterhin Wettbewerbsnachteile.

Die zehn größten CO₂-Emittenten (zum Vgl. Österreich) im Jahr 2014



Handelsblatt Research Institute

Quelle: Germanwatch; EIA; DB Research

Klimaschutzbemühungen in der EU drohen zu einem Technology Leakage zu führen.

Durch die Klimaschutzmaßnahmen der EU kommt es in der Industrie zu einer verstärkten Unsicherheit über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit gegenüber globalen Konkurrenten. Diese Unsicherheit führt zur Gefahr des Technology Leakage. Dies beschreibt eine Situation, in der europäische Unternehmen außerhalb der EU in CO₂-arme Werke investieren, um von Energiekostenvorteilen zu profitieren. Aus Sicht der Energie- und Industriepolitik der EU wäre das problematisch, da die angestrebte Technologieführerschaft bei der Energiewende gefährdet und durch eine Abwanderung des industriellen Kerns die Industrieinitiative Europa 2020 untergraben würde.